

# Stadtpunkte 2|25



## **IM FOKUS**

Erste Sitzung nach der Bundestagswahl: Von Altschulden bis Sondervermögen

Städtetag NRW besorgt um Zukunft des Deutschlandtickets

Sondervermögen Infrastruktur hilft beim Abbau des Investitionsrückstands

## **FACHINFORMATIONEN**

### **AUS DEN STÄDTEN**

Windenergie – Zwischen grünem Gold und Goldgräberstimmung?

## **KALEIDOSKOP**

## **GERN GESEHEN**

Der Kreuzgang im Essener Dom – ein Ort mit Historie im Herzen der Innenstadt



Köln war Tagungsort der jüngsten Vorstandssitzung des Städtetages NRW (Foto: Markus Mainka stock.adobe.com)



## Erste Sitzung nach der Bundestagswahl: Von Altschulden bis Sondervermögen

---

Der Vorstand des Städtetages NRW ist am 19. März zu seiner ersten Sitzung nach der vorgezogenen Bundestagswahl zusammengekommen. Entsprechend stand das Treffen in Köln im Zeichen sowohl bundespolitischer als auch landespolitischer Themen, die für die Städte in NRW von Bedeutung sind.

Das 500 Milliarden Euro umfassende Sondervermögen Infrastruktur, auf das sich CDU/CSU und SPD in ihren Sondierungsgesprächen auf Bundesebene geeinigt hatten und das inzwischen Bundestag und Bundesrat passiert hat, war eines der zentralen Themen der Sitzung. Der Vorstand begrüßte in einem Beschluss, „dass 100 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen ausdrücklich für die Länder und Kommunen vorgesehen sind“. Der Städtetag NRW erwartet jetzt, dass der auf Nordrhein-West-

falen entfallende Teil der Mittel „ganz überwiegend für kommunale Projekte eingesetzt wird“. Bundesweit wird der Investitionsbedarf der Kommunen auf 186 Milliarden Euro geschätzt. Die Mittel müssten daher auch dort eingesetzt werden (mehr zur Frage des Investitionsrückstands auf Seite 5 dieser Ausgabe).

Der Vorstand beschäftigte sich außerdem mit dem von der Landesregierung vorgelegten Entwurf eines Altschuldenentlastungsgesetzes. Es sei gut, „dass das Land nun endlich seiner Verantwortung nachkommt und eine spürbare Teilentschuldung umsetzen will“, heißt es in einem dazu gefassten Beschluss. Der Städtetag NRW erwartet nun, „dass diesem ersten, wichtigen Schritt eine nachhaltige und vollständige Lösung des Altschuldenproblems unter Beteiligung des Bundes folgt“. Dafür müsse

sich die Landesregierung weiter einsetzen. Zur Verbesserung der dramatischen Haushaltssituation der Kommunen gehört neben der Altschuldenentlastung aber auch eine grundsätzlich verbesserte Finanzausstattung der nordrhein-westfälischen Städte. Dafür müsse das Land sorgen, fordern die NRW-Städte.

Ein weiteres Thema der Vorstandssitzung: Die künftige Organisation des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) in NRW. Das Land hatte ein Eckpunktepapier zur Strukturreform des SPNV vorgelegt. Der Vorstand begrüßte, dass die Landesregierung das Thema angeht. Gleichzeitig übte er auch Kritik daran, dass die kommunalen Spitzenverbände nicht in den Erstellungsprozess des Eckpunktepapiers eingebunden wurden.

Thema beim Treffen der Vorstandsmitglieder war außerdem die Sicherheit bei Großveranstaltungen wie Stadtfesten, dem Karneval, Kirmessen, Weihnachtsmärkten oder Konzerten. Die Sicherheitsanforderungen für solche Veranstaltungen haben sich in den vergangenen Jahren – auch aufgrund von Maßnahmen gegen mögliche Anschläge – deutlich erhöht. Und damit auch die Kosten für die Städte. Der Städtetag NRW fordert daher, „dass Maßnahmen zur Terrorabwehr nicht allein von den Kommunen zu finanzieren sind“. Die Städte brauchen hier mehr Unterstützung.

Alle Beschlüsse des Vorstands des Städtetages NRW:

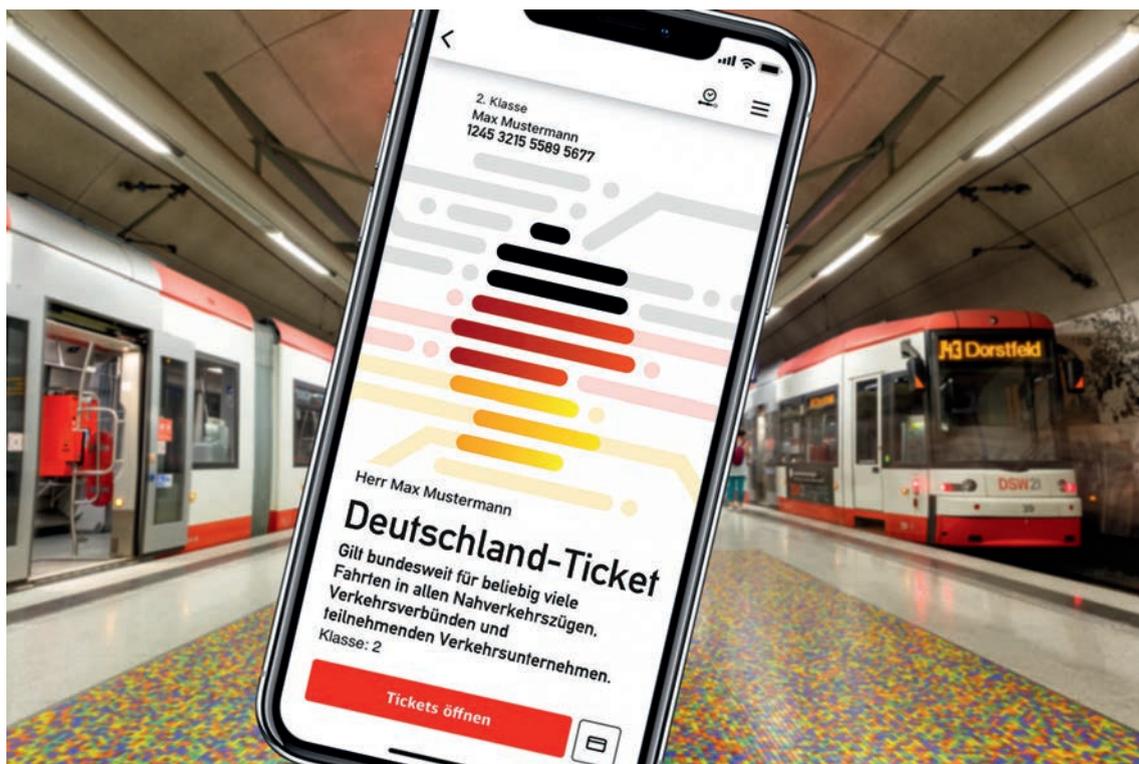
[www.staedtetag-nrw.de/25210](http://www.staedtetag-nrw.de/25210)

Die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen zur möglichen Beteiligung des Bundes an einer Altschuldenlösung lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

### **Titelfoto: Emil-Schumacher-Museum in Hagen präsentiert Pariser Erfolgs-Ausstellung von 1955**

Eine Ausstellung abstrakter deutscher Kunst sorgte 1955 mitten in Paris für Aufsehen. Im Cercle Volney, unweit der Pariser Oper, präsentierten seinerzeit nur zehn Jahre nach Kriegsende 37 deutsche Künstlerinnen und Künstler 98 ihrer Werke und setzten neue Maßstäbe. Willi Baumeister, Karl Otto Götz und Emil Schumacher schafften durch diese Ausstellung auch den internationalen Durchbruch. Ihre avantgardistischen Werke des Informel, damals revolutionär, sind heute aus der Kunstgeschichte nicht wegzudenken. Die französische Presse feierte die Originalschau als Ausdruck künstlerischer Freiheit und Innovation. Ab 13. April ist diese Pariser Ausstellung nun rekonstruiert in Hagen noch einmal zu sehen. „Paris 1955 – Deutsche Abstrakte im Zentrum der Moderne“ wird bis zum 3. August im Emil-Schumacher-Museum in Hagen gezeigt.

<http://www.esmh.de>



## Städtetag NRW besorgt um Zukunft des Deutschlandtickets

Angesichts der anhaltenden Debatte um die Finanzierung des Deutschlandtickets und die damit verbundenen Unsicherheiten, hat Helmut Dedy, Geschäftsführer des Städtetages NRW, auf die Bedeutung des Tickets in Nordrhein-Westfalen hingewiesen und an die Verantwortung von Bund und Land appelliert. Gegenüber der Rheinischen Post sagte Dedy dazu Anfang März 2025:

„Die weiter unsichere Finanzierung des Deutschlandtickets besorgt uns sehr. Wir setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass das Deutschlandticket langfristig von Bund und Ländern finanziell abgesichert wird. Ohne klare finanzielle Zusagen droht das Deutschlandticket bereits Ende dieses Jahres auszulaufen.“

Das Deutschlandticket ist gerade in Ballungsräumen mit starkem Pendleraufkommen von besonderer Bedeutung. Des-

halb spielt es natürlich in NRW eine große Rolle bei der nachhaltigen Mobilität für alle. Entscheidend für den künftigen Erfolg ist aber nicht nur der günstige Ticketpreis, sondern auch der notwendige Ausbau des ÖPNV. Mehr Busse und Bahnen, engere Taktzeiten und einfache Umstiege sind essenziell, um noch mehr Menschen für den öffentlichen Nahverkehr zu gewinnen. All das ist für die Städte nur umsetzbar, wenn es von Bund und Ländern dauerhaft mehr Mittel gibt.

Wir fordern den Bund und das Land auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und das Deutschlandticket langfristig abzusichern. Es braucht eine verlässliche Finanzierung über 2025 hinaus – nur so können Städte und Regionen, Bildungs-, Arbeits- und Wohnorte klima- und umweltfreundlich miteinander verbunden und der öffentliche Nahverkehr gestärkt und weiterentwickelt werden.“

UPDATE: Am 26. März wurde aus den Koalitionsverhandlungen von CDU/CSU und SPD auf Bundesebene der Plan bekannt, das Deutschlandticket dauerhaft fortzusetzen. Die endgültigen Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

# Sondervermögen Infrastruktur hilft beim Abbau des Investitionsrückstands

---

Der Städtetag NRW hat die von der Bundesregierung vorgesehenen zusätzlichen Finanzmittel des Sondervermögens Infrastruktur begrüßt. Helmut Dedy, Geschäftsführer des Städtetages NRW, sagte dazu Anfang März im Hörfunkinterview in der Sendung „Morgenecho“ auf WDR 5: „Der Weg, der da gegangen werden soll, der ist schon richtig“ Dedy betonte, dass Infrastruktur Lebensqualität bedeute und verwies darauf, dass dort über Jahrzehnte Verschleiß in Kauf genommen worden sei.

Das Sondervermögen, auf das sich die Unionsparteien und SPD bei ihren Sondierungsgesprächen geeinigt haben, nannte er jedoch ein „echtes Pfund“, weil die Städte damit einen großen Schritt machen könnten. Dedy nannte die Summe von gut 20 Milliarden Euro, die von dem Sondervermögen in NRW bei Land und Kommunen ankommen dürften. Dieses Geld löse zwar bei einem Investitionsrückstau im Land von geschätzt 40 Milliarden Euro nicht alle Probleme. Die Städte könnten jedoch ihre Listen mit notwendigen Sanierungs- und Renovierungsarbeiten, seien es Straßen oder Schulen, konstruktiv abarbeiten.



Foto: Laurence Chaperon

**„Der Weg, der da gegangen werden soll, der ist schon richtig“.**

---

Helmut Dedy  
Geschäftsführer Städtetag NRW

[www.staedtetag-nrw.de/25201](http://www.staedtetag-nrw.de/25201)



## Positionspapier: Musikschule in der Stadtgesellschaft

Ungefähr 1.000 öffentliche Musikschulen an über 21.000 wohnortnahen Standorten bilden derzeit das bundesweite Rückgrat außerschulischer musikalischer Bildung. Sie fördern etwa 1,4 Millionen Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Als gemeinnützige kommunale Einrichtung nehmen sie bildungs- und kulturpolitische Aufgaben wahr. Zugleich sind sie integraler Bestandteil kommunaler Bildungslandschaften. Die öffentlichen Musikschulen müssen sich nun mit Veränderungen auseinandersetzen, die aus demografischen Entwicklungen und dem damit verbundenen Fachkräftemangel, aber auch rechtlichen Änderungen resultieren. Dazu beschreibt das Positionspapier Handlungsbedarfe um einen Beitrag zur Stärkung der Musikschulen zu leisten.

[www.staedtetag-nrw.de/25203](http://www.staedtetag-nrw.de/25203)

## Positionspapier: Forderungen zur Umsetzung der Krankenhausreform

Der Deutsche Städtetag stellt in diesem Positionspapier sieben Forderungen auf, was bei der Umsetzung der Krankenhausreform wichtig ist. Denn mit dem demografischen Wandel, dem zunehmenden Bedarf an spezialisierten medizinischen Leistungen und dem eklatanten Fachkräftemangel steigen die Anforderungen an die Krankenhäuser. Zur Bewältigung sind gut ausgebildetes Personal, eine effiziente Organisation und Infrastruktur nötig. Steigende Kosten für Ausrüstung und Personal setzen die Krankenhäuser unter enormen finanziellen Druck. Vier von fünf Kliniken schreiben rote Zahlen und die Kommunen geraten wegen der hohen Zuschüsse an die kommunalen Kliniken an ihre Leistungsfähigkeit. Es besteht die Gefahr, dass versorgungsrelevante Krankenhäuser in der Trägerschaft Dritter im Falle der Insolvenz durch die Kommunen weiter betrieben werden müssen.

[www.staedtetag-nrw.de/25202](http://www.staedtetag-nrw.de/25202)



## Positionspapier: Erfolgsfaktoren für ein digitales Gesundheitsamt

Der Deutsche Städtetag und der Deutsche Landkreistag fordern in ihrem Positionspapier konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Gesundheitsämter und der digitalen Transformation über 2026 hinaus. Die COVID-19-Pandemie hat die Leistungsfähigkeit der Gesundheitsämter bewiesen, aber auch Defizite in der technischen und personellen Ausstattung offengelegt. Um den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) zu stärken, haben Bund und Länder im „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ beschlossen, bis 2026 digitale Infrastrukturen auszubauen, Prozesse zu vernetzen und eine durchgängige digitale Kommunikation zu etablieren.

[www.staedtetag-nrw.de/25204](http://www.staedtetag-nrw.de/25204)

## Erwartungen des Städtetages NRW an die neue Bundesregierung

Der Vorstand des Städtetages NRW hat am 15. Januar 2025 die Erwartungen an eine neue Bundesregierung beschlossen. Das Papier „Für ein neues Miteinander“ des Städtetages NRW betont die Rolle der Städte als Gestalter. Städte kennen die Herausforderungen vor Ort, Städte können damit umgehen. Sie brauchen aber deutlich mehr Mittel und mehr Gestaltungsmacht für die Politik vor Ort. Sämtliche Aufgaben müssen quer durch die staatlichen Ebenen ausfinanziert sein. Die neue Regierungskoalition im Bund sollte sich deshalb in ihrem Koalitionsvertrag zu einem neuen Miteinander verpflichten und die Frage klären, welche Aufgabenteilung zwischen Bund, Land und Städten es geben soll und wie sie finanziert wird. Ausgehend davon enthält das Papier klare Vorstellungen, was in einzelnen Politikfeldern die Grundlage dieses neuen Miteinanders sein kann und sollte.

[www.staedtetag-nrw.de/25206](http://www.staedtetag-nrw.de/25206)

## Wer, wo, wie viele? – Bevölkerungsentwicklung in deutschen Kommunen bis 2040

Kleinräumige Daten sind für kommunale Planungen wichtig. Besonders interessant ist dabei der Blick in die Zukunft, um vorausschauend die Infrastruktur oder Dienstleistungen für die Menschen in den Städten und Gemeinden entwickeln zu können. Die Zusammensetzung der Bevölkerung verändert sich jedoch durch die Alterung unserer Gesellschaft sowie durch nationale und internationale Wanderungsbewegungen. Auf kommunaler Ebene stellt sich daher permanent die Frage, ob demografische Entwicklungen stabil sind oder ob sich Trendverschiebungen abzeichnen. Mit der vorliegenden Bevölkerungsvorausberechnung bis zum Jahr 2040 liegen auf Gemeindeebene Daten vor, die entscheidende Grundlagen für kommunale Planungsprozesse liefern. Differenziert nach Altersgruppen, lassen sich Bevölkerungsprofile für alle Kommunen ab 5.000 Einwohnerinnen und Einwohner erstellen und in strategische Überlegungen einbeziehen.

[www.staedtetag-nrw.de/25205](http://www.staedtetag-nrw.de/25205)





## Windenergie – Zwischen grünem Gold und Goldgräberstimmung?

---

Von Dr. Till Jenssen

Die Windenergie hat in den letzten 25 Jahren eine rasante technische Entwicklung genommen und den Schritt aus der Öko-Nische hin zu einer Wirtschaftsbranche mit deutschlandweit 124.000 Beschäftigten vollzogen.

Zusammen mit dem Einsparen von Energie ist die Nutzung der Windenergie eine der wirksamsten und kostengünstigsten Maßnahmen zum Klimaschutz. Sie schultert fast ein Drittel der Stromerzeugung in Deutschland. In NRW, dem Bundesland mit der viertgrößten Windenergieleistung, beträgt der Anteil wegen eines hohen Stromverbrauchs nur etwa 14 Prozent. Deswegen ist es richtig, dass sich die Landesregierung ehrgeizige Ziele gesetzt hat: Bis 2027 sollen mindestens eintausend neue Windenergieanlagen entstehen.

### Neustart nach Änderung der Rahmenbedingungen

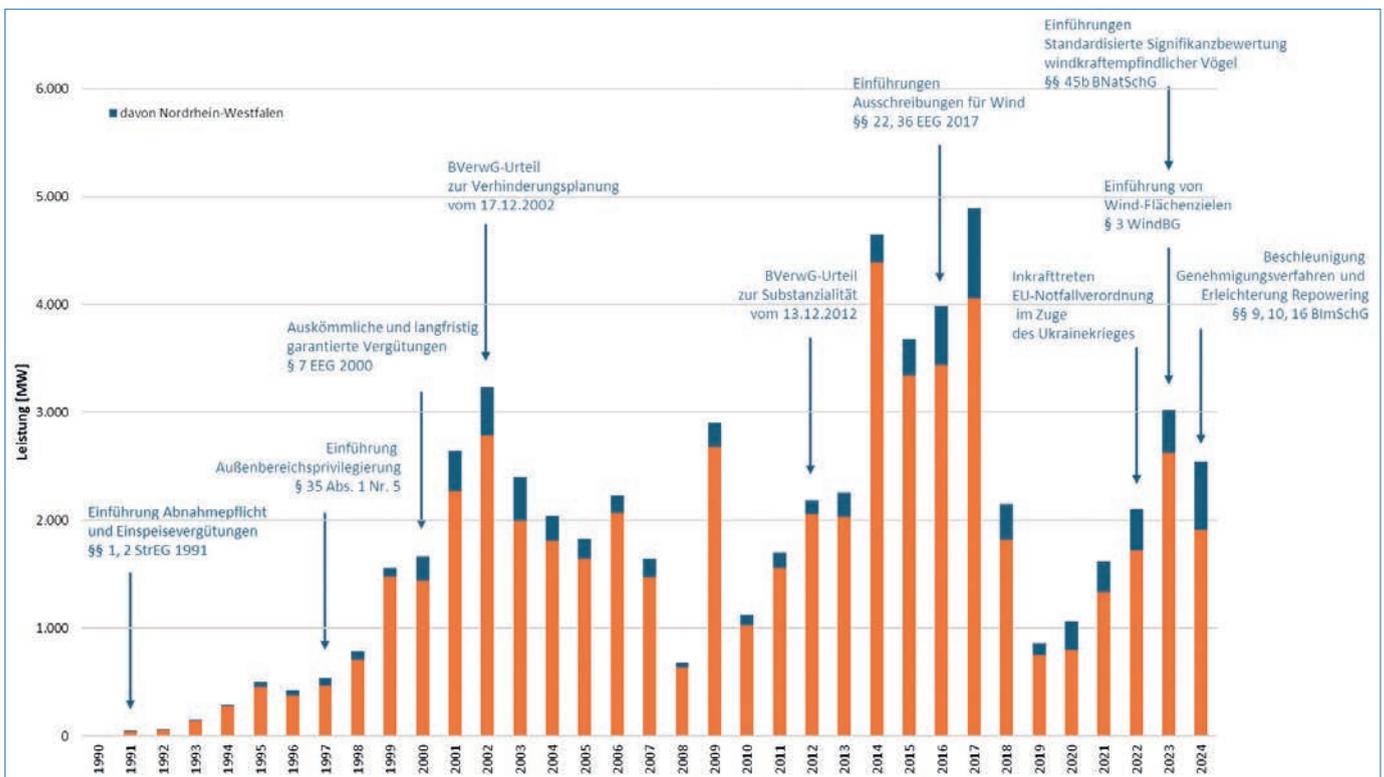
Blicken wir zurück: Nach 2017 war der Ausbau der Windenergie deutschlandweit eingebrochen und konnte das für die Klimaziele erforderliche Maß angesichts vielzähliger Hemmnisse nicht mehr erreichen. Daher wurde an vielen Stellschrauben gedreht: Die

erneuerbaren Energien wurden per Gesetz in das überragende öffentliche Interesse gestellt, im Bundesnaturschutzgesetz wurden Standardisierungen zur artenschutzrechtlichen Prüfung vorgenommen und im Bundesimmissionsschutzgesetz wurden Verfahrensbeschleunigungen umgesetzt.

Zudem wurde ein verbindliches Flächenziel im Windenergieflächenbedarfsgesetz implementiert, mit dem die Bundesländer zur Ausweisung von Flächen für die Windenergie verpflichtet wurden. Für NRW ist ein Umfang von 1,8 Prozent der Fläche vorgesehen. Die Regionalplanverfahren zur Flächenausweisung sind in vollem Gange und sollen in NRW in diesem Jahr abgeschlossen werden.

### Dynamik bei den Genehmigungsverfahren – Dynamik bei der Gesetzgebung

Parallel zur Flächenausweisung sind auch die Projektierungen angelaufen. Mit 14.065 Megawatt konnte im vergangenen Jahr ein deutschlandweiter Allzeitrekord bei den Genehmigungen erzielt werden. Fast 30 Prozent entfallen auf NRW. Der Zubau dürfte bei den üblichen Realisierungsdauern damit ab 2026 Fahrt aufnehmen.



Netto-Zubau an Windenergieanlagen in Deutschland seit 1990

In NRW ist darüber hinaus die besondere Situation eingetreten, dass sprunghaft viele Anträge für Anlagen außerhalb der geplanten Windenergiegebiete gestellt wurden. Ende 2024 lagen insgesamt 1.427 solcher Anträge vor, davon zwei Drittel auf Erteilung eines Vorbescheids. Dies hat bei vielen die Befürchtung eines ungesteuerten Ausbaus und einen Akzeptanzverlust hervorgerufen.

Bund und Land haben darum Anfang 2025 kurzfristig Anpassungen vorgenommen, um einen geordneten Ausbau der Windenergie zu fördern. Im Bundesimmissionsschutzgesetz wurde festgelegt, dass für Anlagen außerhalb geplanter Windenergiegebiete kein Anspruch auf einen Vorbescheid zur bauplanungsrechtlichen Zulässigkeit besteht.

Im Landesplanungsgesetz wurde ergänzend eine Übergangsregelung getroffen, die auch Vollanträge erfasst und die Genehmigung solcher Anlagen für sechs Monate grundsätzlich untersagt. Der Städtetag hat das positiv begleitet, auch wenn Unsicherheiten für die Branche entstehen können, die auf der bisherigen Grundlage Projekte entwickelt hat. Denn für die Akzeptanz vor Ort ist zentral, dass der Ausbau von Windenergieanlagen planvoll gesteuert werden kann.

### Schon viel erreicht – es bleibt viel zu tun

Die Windenergienutzung ist für Städte unverzichtbar, um ihre Klimaziele zu erreichen. Auch kann sie die ansässige Industrie bei der Diversifizierung der Versorgung und der Stabilisierung ihrer Stromkosten unterstützen. Die Städte tun vor diesem Hintergrund gut daran, ihre – oft begrenzten – Möglichkeiten weitgehend auszuschöpfen.

Doch trotz einer positiven Entwicklung bei den Genehmigungen bleiben die Herausforderungen groß. Denn in der Vergangenheit ist es nicht gelungen, das Ausbauniveau über einen längeren Zeitraum konstant zu gestalten. Im „Start-Stopp-Betrieb“ lassen sich die ehrgeizigen Ziele aber nicht erreichen, da Reibungsverluste und Kosten entstehen und es schwierig ist, genügend Personalkapazitäten aufzubauen. Die zentrale Ressource für einen erfolgreichen Ausbau der Windenergie ist insofern die Konstanz. Grundlage hierfür sind dauerhaft verlässliche Rahmenbedingungen von Bund und Land für Projektierer und Kommunen.

Dr. Till Jenssen,  
Hauptreferent für Klimaschutz und  
Energiepolitik beim Städtetag NRW



Foto: DFM Schuetze

## Dortmund: Ausstellung über Fußballikone Günter Netzer

Ab dem 8. April startet im Deutschen Fußballmuseum in Dortmund die neue Ausstellung „Netzer. Die Siebzigerjahre“. Eine immersive Medieninstallation präsentiert „den ersten Popstar des deutschen Fußballs“ ganz unmittelbar. Film, Fotografie und Sounds vermitteln Netzers Fußballwelt auf einer 1.000 Quadratmeter großen Ausstellungsfläche. Ergänzend dazu zeigt das Fußballmuseum die Ausstellung „Netzer by Tomikoshi“ – größtenteils unveröffentlichte Arbeiten des japanischen Meisterfotografen Masahide Tomikoshi aus Netzers Zeit bei Borussia Mönchengladbach und Real Madrid.

## Hinweise zur wegweisenden Beschilderung für den Radverkehr in NRW

Die Hinweise bieten allen Akteuren eine Hilfestellung bei der Planung, Installation und Umsetzung von Radverkehrsbeschilderung in NRW. Sie erläutern in Ergänzung des „Merkblattes zur wegweisenden Beschilderung für den Radverkehr“ der FGSV planerische, rechtliche, technische und organisatorische Aspekte unter besonderer Berücksichtigung des RVN NRW, gelten jedoch ausdrücklich für alle Fahrradbeschilderungen im Land. Sie umfassen zurzeit ca. 200 Seiten und sind als „lose Blattsammlung“ angelegt, um auf neue Erkenntnisse und Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen reagieren zu können.

[www.staedtetag-nrw.de/25207](http://www.staedtetag-nrw.de/25207)



Hinweise zur wegweisenden Beschilderung für den Radverkehr in Nordrhein-Westfalen

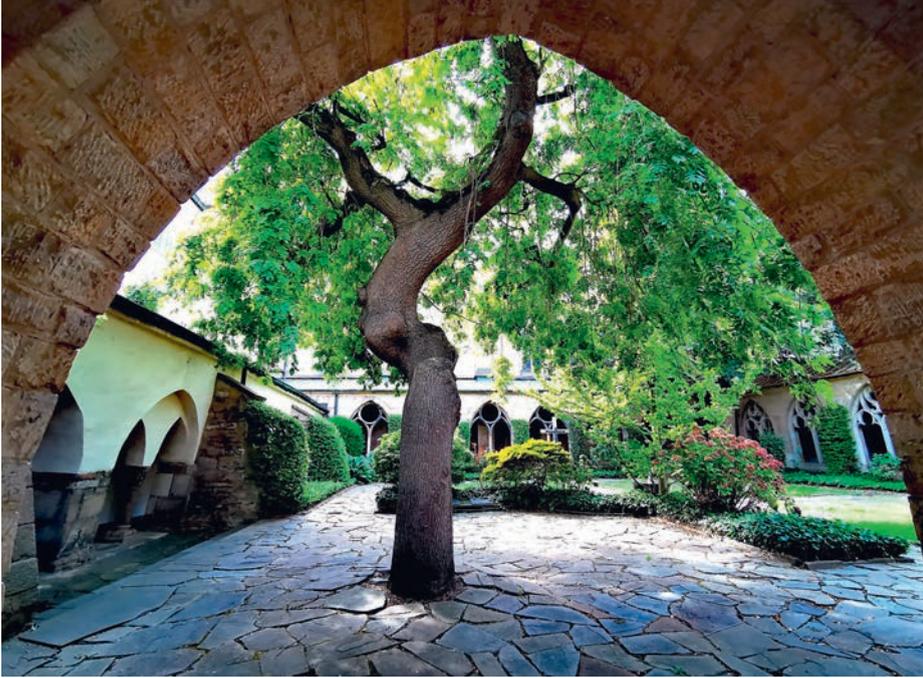
[www.staedtetag-nrw.de/25208](http://www.staedtetag-nrw.de/25208)



## Von Arbeit bis Zusammenleben – Wie Flüchtlingsintegration in Kommunen gelingen kann

Fluchtmigration wird aktuell für viele Missstände verantwortlich gemacht – knapper Wohnraum, fehlende Kitaplätze oder Kriminalität. Andererseits erfordert der Fach- und Arbeitskräftemangel, dass die schutzsuchenden Menschen schnell in den Arbeitsmarkt integriert werden. Der vorliegende Band möchte den Diskurs versachlichen und Lösungen der Probleme in den Fokus nehmen. Neben einer Analyse zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten liefert er Good-Practice-Beispiele, die Kommunen als Anregung dienen können.

[www.staedtetag-nrw.de/25209](http://www.staedtetag-nrw.de/25209)



Fotos: Diana Blinkert, EMG, Stadt Essen

## Der Kreuzgang im Essener Dom – ein Ort mit Historie im Herzen der Innenstadt

Wandelbar, pulsierend und weltoffen – das ist Essen, die Stadt im Herzen des Ruhrgebiets. Rund 1.170 Jahre wechsellvoller Geschichte liegen hinter ihr. Damit ist Essen älter als Berlin, München oder Dresden. Gegründet um 850 vom Bischof Altfrid als Stift für Töchter des sächsischen Hochadels, gewann Essen durch Kohle, Krupp und Stahl an Größe und wurde zu einem der weltweit bedeutendsten Zentren der Montanindustrie.

Die Zeiten der Hochindustrie mit Kohle und Stahl sind vorbei, heute ist Essen „Kulturhauptstadt Europas“ (2010), „Grüne Hauptstadt Europas“ (2017), attraktiver Messe-,

Universitäts- und Wissenschaftsstandort und die Heimat von rund 590.000 Menschen.

In zentraler Lage der Essener Innenstadt zeugt der Essener Dom mit seinem Domschatz von der Geschichte Essens. Gleichzeitig ist der Dom mit seinem Kreuzgang ein Ort der Stille inmitten des Trubels einer Großstadt. Neben dem Blick vom Dach des UNESCO-Welterbes Zollverein oder dem Ausblick auf den Baldeneysee ist der Kreuzgang für mich einer der drei herausragenden Orte in Essen.

Thomas Kufen  
Oberbürgermeister  
der Stadt Essen



Herausgeber:  
Städtetag Nordrhein-Westfalen  
Gereonstraße 18–32  
50670 Köln  
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: [post@staedtetag-nrw.de](mailto:post@staedtetag-nrw.de)  
Internet: [www.staedtetag-nrw.de](http://www.staedtetag-nrw.de)  
[www.staedtetag-nrw.de/presse/folgen-sie-uns](http://www.staedtetag-nrw.de/presse/folgen-sie-uns)

Geschäftsführendes Vorstands-  
mitglied: Helmut Dedy

Verantwortlich: Timm Steinborn,  
Leiter Abteilung Kommunikation und Medien

Redaktion: Uwe Schippmann  
Gestaltung: Anna-Maria Roch  
Layout/Druck: Gabriele Klein,  
Media Cologne GmbH, Hürth

ISSN: 2748-9752  
Köln, April 2025